

Niederschrift
über die Sondersitzung des Fachausschusses für Grundsatzangelegenheiten,
zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Donnerstag, 17.01.2013
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	21:00 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Frau Ilona Schaub

Herr Werner Hesse

Herr Markus Becker

Herr Jürgen Berkei

Herr Thomas Dziuba

Herr Dieter Erber

Herr Michael Feldpausch

Herr Reinhard Kauk

Herr Stephan Klenner

Vertreter für Frau Stv. März

Herr Klaus Ryborsch

Herr Manfred Thierau

Herr Bernd Waldheim

Herr Friedhelm Wieber

ab 19:25 Uhr - Vertreter für Herrn Stv. Koch

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Frank Hille

Herr Wolfgang Salzer

Vom Magistrat:

Frau Olga Schmitt

Vertreterin für Herrn Ersten Stadtrat Bonacker

Herr Christian Somogyi

Schriftführer:

Herr Klaus-Peter Riedl

Entschuldigt fehlen:

Herr Winand Koch

Frau Maria März

Herr Hans-Georg Lang

Herr Otmar Bonacker

Von der Verwaltung:

Herr Friedrich Greib

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Haushaltssatzung 2013 und Investitionsprogramm 2012 bis 2016
Vorlage: FB1/2012/0093
- 3 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: FB5/2012/0018/1
- 4 Wirtschaftsplan 2013 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: DuI/2012/0073
- 5 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Stv. Schaub, begrüßt die Anwesenden zur ersten Sitzung des Fachausschuss I im neuen Jahr und wünscht allen Mitgliedern ein frohes neues Jahr.

Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände.

Zu 2 Haushaltssatzung 2013 und Investitionsprogramm 2012 bis 2016

Vorlage: FB1/2012/0093

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Rahmenbedingungen und Eckdaten der Haushaltsplanung 2013. Der vorliegende Entwurf des Produkthaushaltes 2013 schließt im Ergebnishaushalt mit einem Defizit von rd. 1,398 Mio. € und damit rd. 0,6 Mio. € besser ab als 2012. Im Übrigen verweist Herr Bürgermeister Somogyi auf seine Haushaltsrede in der Stadtverordnetenversammlung am 20.12.2012.

Die Frage des Herrn Stv. Hesse zu den Veränderungen der Positionen „Veranstaltungen/ Programmkosten/Honorare“ und „Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit“ wird von Herrn Bürgermeister Somogyi erläutert.

Aufgrund einer späteren Nachfrage von Herrn Stv. Dziuba zu diesem Punkt werden die Veränderungen im Rahmen einer Protokollnotiz wie folgt beantwortet:

Protokollnotiz zu S. 39 des Produkthaushaltes:

Der Grund, warum sich die Kosten für „Veranstaltungen, Programmkosten, Honorare“ von 60.100 EUR in 2012 auf 90.750 EUR in 2013 erhöhen, ist:

Produkt	KST	Beschreibung	Plan 2012	Plan 2013	Mehr	Weniger
1001	103010	städt. Gremien	5.000	500		-4.500
2001	208010	Stadtmarketing/Wirtschaftsförderung*	0	20.000	20.000	
2001	208030	Herbstmarkt	950	1.000	50	
2003	203060	H+S Fest	12.000	10.000		-2.000

2005	209010	Stadthalle	24.000	23.000		-1.000
2006	203030	DIZ	3.200	4.500	1.300	
2011	203095	Sportlerehrung	900	1.000	100	
2007	204010	Sen. Tagesfahrten	700	700		
2007	204040	Sen. Treffpunkt Hatzb. u. Erksd.	250	250		
2007	204050	Sen. Treffpunkt Niederklein	100	100		
2007	204060	Sen. Treffpunkt Schweinsberg	100	100		
2007	204085	Seniorenbegegnungsstätte GMZ	800	700		-100
2007	204090	Sen. Arbeit (allgemein)	2.000	2.000		
2009	206025	Einrichtungen Jugendarbeit (allgemein)	0	2.000	2.000	
2010	206010	Freizeit Bad Kissingen	2.200	2.200		
2010	206020	Ferienspiele	2.200	2.200		
2010	206022	Osterferienprogramm	0	3.500	3.500	
2010	206023	Herbstferienprogramm	0	3.500	3.500	
2010	206100	Jugendarbeit (allgemein)	2.000	2.000	0	
2010	206130	Aufsuchende Jugendarbeit (Jugendfreizeit)	0	8.400	8.400	
3001	308000	KiGa (allgemein)	2.000	1.500		-500
3001	308005	Kinderkrippe -Kirchhainer Weg-	500	500		
3001	308010	KiGa Hofwiesenweg	50	50		
3001	308015	KiGa Hofwiesenweg - Sprachförderung-	500	500		
3001	308020	KiGa Hatzbach	50	50		
3001	308035	Kinderhort Iglauer Weg - Kinderkrippe-	100	50		-50
3001	308037	Kinderhort Iglauer Weg -Kinderkrippe -Sprachförderung-	500	450		-50
			60.100	90.750	38.850	-8.200
				30.650		

*)

Der Ansatz von 20.000 EUR beim Produkt 2001 wurde für Veranstaltungen mit der Werbegemeinschaft angemeldet.

Zu S. 40 des Produkthaushaltes:

Der Grund, warum sich die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit von 40.560 EUR in 2012 auf 69.855 EUR in 2013 erhöhen, ist:

Produkt	KST	Beschreibung	Plan 2012	Plan 2013	Mehr	Weniger
1001	103010	städt. Gremien	2.500	2.500		
1002	104000	Verwaltungssteuerung	100	100		

1003	104020	Öffentlichkeitsarbeit	9.500	22.000	12.500	
2001	208010	Stadtmarketing/ Wirtschaftsförderung	4.500	4.275		-225
2001	208020	Stadtwerbung	0	1.000	1.000	
2001	208030	Herbstmarkt	4.000	3.800		-200
2003	203010	Kultur allgemein	500	600	100	
2003	203060	H+S Fest	2.000	2.500	500	
2003	203080	Kunst- u. Kulturtage	5.000	5.000		
2004	203050	Stadtbücherei	0	100	100	
2005	209010	Stadthalle	5.700	5.700		
2006	203020	Stadtmuseum	150	150		
2007	204090	Seniorenarbeit allgemein	3.860	4.000	140	
2010	206100	Jugendarbeit allgemein	600	500		-100
2011	203090	Sportförderung allgemein	850	10.000	9.150	
3001	308000	Kindergärten allgemein	200	180		-20
3008	307010	ÖPNV	700	7.000	6.300	
3009	304035	Feuerwehr allgemein	400	450	50	
			40.560	69.855	29.840	-545
				29.295		

Die Steigerung:

- beim Produkt 1003 wurde für die Neuordnung der städtischen Selbstdarstellung (Logo, Briefköpfe, Internetauftritt unter Berücksichtigung einer „Corporate Identity!“)
- beim Produkt 2011 wurde für Maßnahmen als Folge des Sportentwicklungsplanes angemeldet.

Die Frage des Herrn Stv. Dziuba nach der Entwicklung der Stromkosten wird von Herrn Riedl beantwortet. Die Stromkosten beziehen sich in der Hauptsache auf das vorhandene Straßenbeleuchtungsnetz. Hier will man versuchen, durch eine sukzessive Umrüstung auf LED eine Eingrenzung der Stromkosten vorzunehmen. Auf Nachfrage hierzu erklärt Herr Bürgermeister Somogyi, dass beim Straßenneubau die LED-Beleuchtung künftig zum Standard werden solle, bestehende Straßenlampen aber nur Zug um Zug umgerüstet werden können.

Hierzu verweist Herr Stv. Kauk auf Erfahrungen, die die Stadt Mannheim gemacht hat.

Herr Stv. Hesse verweist darauf, dass die Stromkosten neben der „üblichen Preiserhöhung“ auch durch die Erhöhung der EEG-Umlage steigen, so dass eine Entscheidung zur Einsparung von Stromkosten notwendig ist.

Die Frage des Herrn Stv. Erber nach den gestiegenen Aufwendungen für Sachverständige / Rechtsanwälte und Gerichte wird von Herrn Riedl mit Verweis auf die Untersuchungen von Altlaststandorten im Stadtgebiet, die beim Produkt 4004 ausgewiesen sind, beantwortet.

Die Frage des Herrn Stv. Hesse nach der Ansatzsteigerung für Werbung – Geschenke bis 40 Euro wird von Herrn Riedl mit Verweis auf die entsprechende Veranschlagung beim Produkt 1003 (Öffentlichkeitsarbeit/Internet) beantwortet.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Klenner, welche unter diesem Sachkonto zu verbuchenden Anlässe zu einer solchen Ansatzsteigerung führen, wird im Rahmen des Protokolls wie folgt beantwortet:

Protokollnotiz:

Produkt	KST	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Mehr
1001	103010	städt. Gremien	2.900	2.900	0
1003	104020	Öffentlichkeitsarbeit	7.000	15.000	8.000
1010	108010	Personalservice	750	1.100	350
1009	110010	Personalvertretung	80	80	0
2003	203010	Kultur allgemein	120	120	0
2011	203090	Sport allgemein	150	150	0
2011	203095	Sportlerehrungen	1.000	1.500	500
2007	204090	Seniorenarbeit allgem.	250	250	0
2010	206020	Ferienspiele	100	100	0
3009	304035	Feuerwehr allgemein	40	40	0
			12.390	21.240	8.850

Die Kostensteigerung beim Produkt 1003 ergibt sich durch folgende Anlässe:

1. 80. Geburtstag - Orchidee ca. 15,00 €
2. 85. Geburtstag - Orchidee ca. 15,00 €
3. ab 90. Geburtstag - Orchidee ca. 30,00 € oder Geschenkkorb mit Pflegeartikeln bei Personen im Altersheim im gleichen Wert - jährlich
4. Goldene Hochzeiten - Orchidee ca. 30,00 €

Allein im 4. Quartal 2012 waren es im Bereich „ab 90. Geburtstag“ 44 Personen die beschenkt wurden (= 1.320,00 €).

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Klenner nach den für die Aufwandsart „Leasing“ veranschlagten Ansätzen erläutert Herr Greib, dass ein teilweiser Austausch des städt. Fuhrparks mit neuen Leasingfahrzeugen beabsichtigt ist. Dies wird von Herrn Stv. Salzer aus betriebswirtschaftlicher Sicht unterstützt.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Hesse zur Übersicht der Fraktionsmittel auf Seite 68 des Produkthaushaltsplanes erklärt Herr Riedl, dass aufgrund eines Schreibfehlers hierzu eine Austauschseite geliefert wird.

Herr Stv. Kauk gibt den Hinweis, dass im Vorbericht auf Seite 9 des Haushalts die Formulierung zu Beginn der Nr. 4 noch zu aktualisieren ist. Auch hierzu wird eine Austauschseite bis zur Beschlussfassung über den Produkthaushalt 2013 durch Herrn Riedl zugesagt.

Nachfragen der Herren Stv. Hesse und Wieber zum Stellenplan ab Seite 74 des Produkthaushaltsplanes werden durch Herrn Greib beantwortet.

Die Frage des Herrn Stv. Hesse nach den Gründen der Veränderung bei den Versorgungsaufwendungen kann im Laufe der Sitzung nicht beantwortet werden.

Dies wird im Rahmen des Protokolls als Protokollnotiz wie folgt nachgeholt:

Protokollnotiz zu Seite 38 des Produkthaushaltes:

Sach-konto	Beschreibung	Vorl. Ergebnis 2011	Ansatz 2012	Ansatz 2013
6400002	AG-Anteil Sozialversicherung - Arbeiter	5.929	10.950	10.600
6410000	AG-Anteil Sozialversicherung - Angestellte	545.944	613.050	716.050
6419000	AG-Anteil Sozialversicherung - sonst. Beschäftigte		9.900	10.200
6420000	Beiträge zur Berufsgenossenschaft u. Unfallversich.	1.443	700	700
6460001	Versorgungsumlage - Beamte			
6460002	Versorgungsumlage - Versorgungsempfänger			
6471000	ZVK - Arbeiter	1.522	3.200	3.400
6472000	ZVK - Angestellte	181.393	250.977	293.100
6472010	ZVK - Angestellte - Sanierungsgeld	31.527	46.000	47.000
6473000	Beamtenversorgungskasse	488.895	618.190	675.433
6483000	Zuführung zu Pensionsrückstellungen	253.213	258.797	377.425
6484000	Versorgungsbezüge	2.972	3.500	3.500
6491000	Beihilfen Arbeiter			
6492000	Beihilfen Angestellte	1.050	2.000	2.500
6493000	Beihilfen Beamte	56.163	42.062	50.000
6493001	Beihilfen Beamte - Umlage			
6493002	Beihilfen Versorgungsempfänger	84.457	95.000	95.000
6493003	Beihilfen Versorgungsempfänger - Umlage			
6494000	Beihilfen Sonstiges Personal			
6496000	Zuführung zu Beihilferückstellungen	68.511	93.588	213.705
		1.723.019	2.047.914	2.498.613

Veränderungen bei den einzelnen Sachkonten:

1. Die Neueinstellung von 14 Erzieher/innen ab 4/2013 führt bei den Sachkonten 6410000 und 6472000 zu entsprechenden Mehrkosten.

2. In Folge der Pensionierung von Beamten in 2012 kommt es in den Haushaltsjahren 2012 (anteilig) und 2013 (ganzjährig) zu Mehrbelastungen bei dem Sachkonto 6473000. Darüber hinaus ist der Umlagesatz an die Beamtenversorgungskasse ab 2013 erhöht worden.

3. Aufgrund der veränderten Personalsituation bei den Beamten (u.a. Neuwahl BM) kommt es bei dem Sachkonto 6483000 einmalig zu höheren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen.

4. Gem. bisheriger Rechtslage mussten Beihilferückstellungen nur für Versorgungsempfänger gebildet werden. Aufgrund der Änderung der Verwaltungsvorschriften müssen nunmehr diese Rückstellungen auch für die aktiven Beamten bei Sachkonto 6496000 veranschlagt werden,.

Verteilung der Kosten auf die einzelnen Produkte:

Entsprechend dem festgelegten Personalschlüssel werden die Planzahlen und die Bewegungsdaten den einzelnen Produkten zugeordnet. Die Zuordnungsschlüssel

werden aufgrund von Personalveränderungen (Neueinstellungen, Ausscheiden, Umsetzungen usw.) jährlich neu angepasst.

Im weiteren Verlauf ergibt sich auf Nachfrage von Herrn Stv. Dziuba zu den Kosten des geplanten Lkw-Stellplatzes (Produkt 4007) eine Diskussion darüber, ob ein Lkw-Stellplatz notwendig ist bzw. ob hierfür die Stadt zuständig sein sollte. Lt. Herrn Bürgermeister Somogyi ist die Maßnahme ein Versuch, der Verkehrsbelastung für Stadtallendorf incl. dem „Wildparken“ zu entgegnen. Aufgrund der vorgegebenen Situation sei die Vorhaltung einer entsprechenden Verkehrsinfrastruktur erforderlich, für die – weil seitens der Unternehmen diese Aufgabe nicht übernommen wird – hier die Stadt in der Pflicht stehe.

Die Frage von Herrn Stv. Dziuba, wie viel Straßenleuchten mit dem Haushaltsansatz von 120.000 € umgerüstet werden können, wird im Rahmen des Protokolls wie folgt beantwortet:

Protokollnotiz zu Seite 115 des Produkthaushaltes:

Lt. Mitteilung des Fachbereiches 4 soll im Rahmen der Unterhaltung/Sanierung der Straßenbeleuchtung durch größere Investitionen die Umstellung auf LED-Technologie in der Straßenbeleuchtung ab 2013 erfolgen. Hintergrund ist zum einen, dass ab Ende 2015 die bisher vielfach eingesetzten „Quecksilberdampfleuchten (HQL)“ nicht mehr produziert werden dürfen. Insofern wird hier ein Technologiewechsel erforderlich.

Weiterhin wird 2013 eine Förderung der Umstellung letztmalig angeboten. Hierzu soll ein entsprechender Förderantrag beim Bund über den Projektträger Jülich (PTJ) gestellt werden. Zwischenzeitlich hat sich die Kosten-Nutzen-Relation so entwickelt, dass eine Umstellung auf LED-Technologie wirtschaftlich erscheint.

Folgende Rahmenbedingungen sind als Fördervoraussetzung zu erfüllen:

- Sanierung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik
- 60% Energieeinsparung muss erzielt werden
- die Antragstellung muss von 01.01.2013 – 31.03.2013 erfolgen
- 20% Förderung der Gesamtinvestition sind üblich

Mit dem Kostenansatz von 120.000 € (2013) können ca. 220-250 Leuchten ersetzt werden. Insgesamt sind ca. 1400 HQL-Leuchten im Einsatz. Aktuell erfolgt die Vorbereitung für einen entsprechenden Förderantrag. Es ist angedacht, den mittelfristig angemeldeten Betrag für 2014 ebenfalls zur Förderung anzumelden. Darüber hinaus soll ein Ersatz der HQL-Leuchten sukzessive im Rahmen der Unterhaltung erfolgen.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Dziuba zu dem veranschlagten Spielplatz DAG sieht Herr Bürgermeister Somogyi aufgrund bestehender Grundstücksangebote die Möglichkeit, einen Standort zu realisieren. Ob dies als reiner Spielplatz oder in Kombination mit einem Bolzplatz erfolgen wird oder kann, steht noch nicht fest und ist zu gegebener Zeit von den städt. Gremien zu beschließen.

Die Frage zu den um insgesamt 7.070 € höher veranschlagten Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung wird im Rahmen des Protokolls wie folgt beantwortet:

Protokollnotiz zu Seite 40 des Produkthaushaltes:

Der Grund, warum sich die Kosten für Aus- und Fortbildungen von 52.470 € in 2012 auf 59.540 € erhöhen, ist:

Produkt	KST	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Mehr	Weniger
1001	103010	städt. Gremien	750	750	0	
1002	104000	Verwaltungssteuerung	850	1.000	150	
1003	106010	Öffentlichkeitsarbeit	450	400		-50
1004	104010	Personalentwicklung	1.000	950		-50
1004	104015	Ausbildung	12.000	11.400		-600
1005	105010	Kämmerei	1.000	950		-50
1006	105020	Steuern	270	500	230	
1007	103059	Wahlen allgemein	0	400	400	
1008	106020	TuI	2.400	4.000	1.600	
1009	103000	Rathaus allgemein	100	0		-100
1009	107030	Submissionsstelle	350	350	0	
1009	110010	Personalvertretung	400	350		-50
1009	110030	Frauenbeauftragte	0	200	200	
1010	108010	Personalservice	1.500	1.500	0	
1011	105030	Kassenwesen	1.000	1.600	600	
1012	105040	Vollstreckungswesen	400	7.200	6.800	
2001	208010	Stadtmarketing	180	170		-10
2005	209010	Stadthalle	350	350	0	
2006	203030	DIZ	170	170	0	
2007	204090	Seniorenarbeit	430	400		-30
2010	206020	Ferienspiele	500	400		-100
2010	206100	Jugendarbeit allgemein	1.000	500		-500
3001	308000	Kindergärten allgemein	1.000	750		-250
3001	308005	Kinderkrippe Kirchhainer Weg	500	1.000	500	
3001	308010	KiGa Hofwiesenweg	0	500	500	
3001	308015	KiGa Hofwiesenweg - Sprachförderung	250	250	0	
3001	308020	KiGa Hatzbach	0	150	150	
3001	308035	Kinderhort Iglauer Weg - Kinderkrippe-	500	450		-50
3002	304010	Sicherheit u. Ordnung	500	600	100	
3003	304020	Gewerbewesen	200	200	0	
3004	303010	Standesamt	400	500	100	
3005	303020	Bürger-Büro	450	400		-50
3007	304030	Verkehrswesen	1.500	1.500	0	
3009	304035	Feuerwehr allgemein	14.000	12.000		-2.000
3009	304040	Feuerwehr Kernstadt	1.000	0		-1.000
3011	303070	Fachstelle Wohnen	900	800		-100
4001	404020	Grundstücksverkehr	400	900	500	
4002	404010	Grundstücksverwaltung	250	250	0	
4003	412010	Umwelt	1.000	900		-100
4004	412050	Altlasten/Rüstungsaltslasten	270	250		-20
4005	403010	Stadtplanung	900	900	0	

4006	403050	Ausführung v. Planungen	850	1.200	350	
4007	405000	Straßen allgemein	2.000	2.000	0	
4010	410019	Friedhöfe allgemein	500	500	0	
			52.470	59.540	12.180	-5.110

Die zu Produkt 1002 bestehende Frage zur Entwicklung der Beiträge in sonstigen Vereinigungen (z. B. Vereine), wofür im Haushaltsplan 2013 insgesamt 2.790 € mehr veranschlagt werden, wird im Rahmen des Protokolls wie folgt beantwortet:

Protokollnotiz:

Produkt	KST	Bezeichnung	Ansatz 2012	Ansatz 2013	Mehr	Weniger
1002	104000	Verwaltungssteuerung	13.000	15.500	2.500	
1004	104010	Personalentwicklung	2.000	1.800		-200
1009	110030	Frauenbeauftragte	70	70	0	
1010	108010	Personalservice	115	115	0	
1011	105030	Kassenwesen	50	50	0	
2001	208010	Stadtmarketing	7.500	7.500	0	
2003	203010	Kultur	758	48		-710
2005	209010	Stadthalle	0	710	710	
2006	203020	Stadtmuseum	55	55	0	
2007	204090	Seniorenarbeit	50	50	0	
2008	207010	Förderung soz. Einrichtungen	62	62	0	
2010	206100	Kinder- u. Jugendarbeit	25	25	0	
2011	203090	Sportförderung	55	55	0	
3002	304010	Sicherheit u. Ordnung	8.500	8.600	100	
3007	304030	Verkehrswesen	0	80	80	
3008	307010	ÖPNV	16.250	16.500	250	
3009	304035	Feuerwehr allgemein	1.730	1.790	60	
4003	412010	Umwelt u. Naturschutz	250	250	0	
4007	405000	Straßen	30	30	0	
4008	407000	Gewässer u. Wasserbau	25	25	0	
4011	404050	Stadtwald	122	122	0	
			50.647	53.437	3.700	-910
					2.790	

Ursächlich für die Steigerung beim Produkt 1002 ist die Mitgliedschaft der Stadt im Hess. Städte- und Gemeindebund und in der KGSt Köln.

Beschluss:

Der vom Magistrat aufgestellte Entwurf

1. der Haushaltssatzung 2013
2. des Investitionsprogramms 2012 bis 2016 und

3. des Haushaltssicherungskonzeptes

wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Die Beschlussfassung erfolgt erst im Rahmen der 2. Lesung in der Sitzung des Fachausschusses I am 29.01.2013.

Zu 3 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: FB5/2012/0018/1

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf.

Herr Stv. Klenner stellt fest, dass sich die geplante Schließung des Hallenbades wegen dem bevorstehenden Umbau/Sanierung im Wirtschaftsplan nicht erkennen lässt.

Hierzu erklärt Herr Greib, dass die geplante Sanierung des Hallenbades erst gegen Ende des Jahres 2013 beginnen wird, ggf. erst in 2014. Insofern wurden im Wirtschaftsplan Stadtwerke noch die für den Betrieb im Jahre 2013 erforderlichen Ansätze veranschlagt.

Beschluss:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, nachstehenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Die Beschlussfassung erfolgt erst im Rahmen der 2. Lesung in der Sitzung des Fachausschusses I am 29.01.2013.

Zu 4 Wirtschaftsplan 2013 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: DuI/2012/0073

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf.

Die Frage des Herrn Stv. Erber zur Entwicklung der Kostenmieten für die Feuerwehrgerätehäuser Kernstadt und Stadtteile lässt sich im Rahmen der Sitzung nicht beantworten. Dies erfolgt im Rahmen einer Protokollnotiz wie folgt:

Anmerkung der Verwaltung:

Zur Entwicklung der Kostenmieten für die Feuerwehrgerätehäuser wird auf die als **Anlage 1** zu diesem Protokoll beigefügte Information des Eigenbetriebes

Dienstleistungen und Immobilien verwiesen.

Beschluss:

Es wird um folgende Beschlussfassung gebeten:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“ für das Wirtschaftsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Die Beschlussfassung erfolgt erst im Rahmen der 2. Lesung in der Sitzung des Fachausschusses I am 29.01.2013.

Zu 5 Verschiedenes

Nach der Beratung des Haushaltsplanes 2013 und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe 2013 stellt Herr Stv. Ryborsch allgemeine Fragen zur Haushaltsrede des Bürgermeisters in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.12.2012.

Insbesondere interessiert ihn, ob die in der Haushaltsrede genannten Angaben zu den Steuererträgen 2012 heute noch aktuell sind. Hierzu erklärt Herr Riedl, dass der auf Seite 28 des Haushaltsplanes per 16.11.2012 angegebene Stand der Gewerbesteuerforderungen für 2012 von rd. 41,488 Mio. € sich bis zum 31.12.2012 um rd. 0,511 Mio. € reduziert hat.

Desweiteren wird diskutiert, wann seitens der Verwaltung mit der Vorlage der Jahresabschlüsse 2007 ff. zu rechnen ist. Hierzu erklärt Herr Riedl, dass die Arbeiten zum Jahresabschluss 2007 wegen den anstehenden Arbeiten zum Produkthaushalt 2013 unterbrochen werden mussten, da dieser eine höhere Priorität hatte. Herr Riedl gibt bekannt, dass der Finanzservice im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten arbeitet. Da zur Erledigung der anstehenden Arbeiten keine weiteren Kapazitäten zur Verfügung stehen, ist der bekannte Arbeitsrückstand zu verzeichnen.

Hierzu ergänzt Herr Bürgermeister Somogyi, dass er eine Neukonzeption für den Bereich Finanzservice mit dem Ziel überlege, hier eine Abhilfe zu schaffen.

Herr Stv. Salzer unterstützt Herrn Bürgermeister Somogyi mit der Feststellung, dass die im Finanzservice bestehenden Personalkapazitäten für eine zeitnahe Erledigung der anstehenden Arbeiten nicht ausreichen und schlägt vor, sich hierfür ggf. Dienstleistungen extern einzukaufen. In diesem Sinne wird Herr Stv. Salzer auch von den Herren Stv. Hille und Erber unterstützt.

Die Frage des Herrn Stv. Hille, ob die geplante Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen im Haushalt 2013 nicht über eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 abzubilden sei, wird von Herrn Riedl beantwortet. Danach bietet eine Veranschlagung im Haushalt 2013 mit einem Ansatz für 2013 die Möglichkeit, dass die Verwaltung die Fahrzeuge im Jahr 2013 bestellen und, sofern eine Rechnung in 2013 eingeht, auch bezahlen kann. Sollte die Rechnung erst im Jahr 2014 eingehen, kann diese auch bezahlt werden, da der Haushaltsansatz 2013 Kraft Gesetz übertragbar ist.

Sofern im Haushaltsplan 2013 nur eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2014 veranschlagt werden sollte, darf die Verwaltung im Rahmen dieser Ermächtigung die Fahrzeuge nur bestellen, eine evtl. im Jahr 2013 noch eingehende Rechnung aber nicht bezahlen. Eine Bezahlung im Haushaltsjahr 2014 wäre zudem erst nach Beschluss und Genehmigung des Haushalts 2014 möglich. Vor diesem Hintergrund hat sich die Verwaltung aus Gründen einer gesicherteren Finanzierung dazu entschlossen, die geplante Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen nicht über eine Verpflichtungsermächtigung, sondern in Form eines Haushaltsansatzes 2013 zu veranschlagen.

Die Vorsitzende verweist darauf, dass gem. der Beschlusslage des Fachausschusses I vom 18.12.2012 der Antrag der CDU-Fraktion „Förderung von Familien bei der Vergabe von städt. Bauplätzen und dem Erwerb von Immobilien zur Eigennutzung“ in der heutigen Sitzung des Fachausschusses behandelt werden sollte. Der Fachausschuss I einigt sich jedoch darauf, diesen Antrag erst im Rahmen der kommenden Sitzung des Fachausschusses I am 29.01.2013 zu behandeln.

Ilona Schaub
Vorsitzende

Klaus-Peter Riedl
Schriftführer